

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	62. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	1. Juli 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

29.

**Punkt 27 der Tagesordnung: Neue Formen der Bürgerbeteiligung
Antrag des Stadtrats Thomas H. Hock (FDP) sowie der FDP-
Gemeinderatsfraktion vom 14. Mai 2014
Vorlage: 2014/0625**

Beschluss:

Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 27 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Høyem (FDP): Wieder und wieder sprechen wir Politiker über Bürgerbeteiligung. Das Wort wird so oft benutzt, dass es ein Klischee geworden ist. Eine leere Hülle ohne Inhalt. Oft wird es peinliche Heuchelei.

Deshalb freuen wir Liberale uns sehr über die positive Antwort der Verwaltung und besonders darüber, dass das Bürgermeisteramt der Verwaltung einen Auftrag unterbreiten will. Wir möchten unsere repräsentative Demokratie nicht unterminieren. Die gewählten Politiker haben das Mandat von den Wählern bekommen. Aber wir wollen die modernen Medien für einen viel engeren Dialog nutzen. Es ist nicht einfach, aber wir sind nicht allein auf der Welt. Wir können z. B. ganz viel von Estland lernen, wo man sogar die Parlamentswahl elektronisch durchführt.

Ein Problem für einen echten Dialog ist selbstverständlich, dass wir doch immer nur die gleichen Personen erreichen. Falls man die Anonymität bewahren will, ist das Risiko für einen niveaulosen Dialog ganz groß. Das kann man auch hier in den elektronischen Medien in Karlsruhe beobachten.

Wir finden die Idee mit Open Government am 17. Juli sehr gut. Aber wir müssen selbstverständlich auch bereit sein, dann die Bürger ernst zu nehmen. Sie sollen nicht nur das

Gefühl vermittelt bekommen, dass sie mitsprechen können und ernst genommen werden. Sie werden wirklich ernst genommen. Aber so ein Zukunftsschritt verlangt auch eine neue Einstellung, sowohl von uns, als auch von der Verwaltung.

Wir haben auch heute gute Dialogmöglichkeiten, die wir nahezu nie benutzen. Schauen Sie bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz physisch jetzt auf die Stellungnahme zum Antrag. Schauen Sie auf der ersten Seite, linke untere Ecke. Hier ist eine Rubrik "Anhörung Ortschaftsrat". Ganz automatisch ist ein Kreuz in der Nein-Rubrik gemacht. Nicht nur in sämtlichen Dokumenten, die wir heute diskutieren, sondern auch in den 10 Jahren, in denen ich als Stadtrat gewählt war, habe ich nahezu niemals ein Kreuz in der Ja-Rubrik gesehen. Es ist ungewöhnlich, Ortschaftsräte freiwillig zu fragen, dass jeder Ortschaftsrat wahrscheinlich einen Schock bekommt, falls das passiert. Ich verspreche sehr gerne eine Flasche Sekt, falls eine Kollegin oder ein Kollege ein Beispiel finden kann, wo die Verwaltung freiwillig und auf eigene Initiative Ortschaftsräte gefragt hat.

(Zuruf **Stadtrat Dr. Maul/SPD**)

Wir müssen unserer Meinung nach für unseren Bürgerdialog die modernste Technologie benutzen. Aber wir brauchen auch eine Mentalitätsänderung, eine neue Offenheit.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Ich muss meine Stellungnahme jetzt in zwei Teile untergliedern:

Inhaltlich tragen wir das Ansinnen der FDP, mehr mit online-gestützten Verfahren Bürgerbeteiligung zu betreiben, selbstverständlich mit. Das ist auch keine große Überraschung, denn wir haben diesen Antrag selbst vor ungefähr sechs Monaten gestellt. Wenn die FDP die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Online-Dokumentation genutzt hätte, wäre das vielleicht auch bekannt gewesen.

(Beifall bei den Grünen)

Dementsprechend unterscheidet sich auch die Stellungnahme der Verwaltung zwischen dem Antrag von uns und dem FDP-Antrag jetzt kaum. Auch wir wurden auf die noch stattfindende Konferenz zu dem Thema verwiesen. Bei uns hieß es noch, sie würde im April stattfinden. Es ist jetzt geklärt, warum sie nicht stattgefunden hat. Was ich mir allerdings von der Verwaltung gewünscht hätte, ist, dass die Sachen, die aus der Diskussion des Antrags damals eingebracht wurden - von Seiten der FDP hat z. B. Herr Kollege Golombeck gesprochen -, in der Stellungnahme mit behandelt worden wären.

Wir gingen z. B. darauf ein, dass der Stadtjugendausschuss ein online-gestütztes Beteiligungsverfahren zum Otto-Dullenkopf-Park damals in der Pipeline hatte. Das ist inzwischen durchgeführt worden. Dann hätte ich erwartet, dass z. B. erste Evaluationsergebnisse zumindest im Grundsatz bei diesem Pilotverfahren, das angewandt wurde, hier in der Stellungnahme berücksichtigt wurden.

Darüber hinaus ist es so, dass die Möglichkeiten sehr mannigfaltig sind. Wir könnten uns eventuell ein wenig überfordern, wenn wir alle Stränge gleichzeitig verfolgen. Deswegen ist es richtig und wichtig, innerhalb einer Konferenz erst einmal Schwerpunktssetzungen zu machen und dementsprechend die erfolgversprechendsten Herangehensweisen zu identifizieren und die dann im Pilotverfahren anzuwenden.

Also: Inhaltlich definitiv Zustimmung. Auch wir warten sehr gerne die Ergebnisse der jetzt in wenigen Tagen stattfindenden Konferenz ab und hoffen darauf, dass das jetzt nicht Gewohnheit wird bei der FDP - vielleicht aus Furcht, weil wir wiederkehrend ein Mal im Jahr unsere Anträge stellen, dass Sie uns dann nach sechs Monaten zuvor kommen.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Zeh (SPD): Herr Geiger hat schon viel Wichtiges gesagt. Vorab: Die Antwort der Verwaltung ist auf jeden Fall okay. Den Weg können wir mitgehen. Das ist auf jeden Fall ein vernünftiges Konzept, das wir schon hatten.

Wir hatten auch - die Verwaltung führt es aus - bereits im April 2012 das Konzept zur systematischen Bürgerbeteiligung hier im Gemeinderat diskutiert. Da waren auch viele Anregungen drin. Aber ich muss zugeben, die Verwaltung hat den Antrag der FDP sehr großzügig interpretiert und gutwillig beantwortet. Auch die Rede des Kollegen Høyem ist nicht viel klarer und nicht viel besser. Es fehlte einiges.

Die FDP hat beantragt, der Gemeinderat beruft eine Initiativegruppe mit einem Arbeitsauftrag ein, ohne auszuführen, was die Initiativegruppe beinhalten soll. Ist es die Verwaltung allein, oder die Bürgerschaft, oder wer auch immer? Die Verwaltung macht daraus: Es gibt demnächst eine Initiativegruppe des Gemeinderats. Das ist vielleicht interpretationsfähig, vielleicht aber auch nicht.

Aber natürlich ist die einzige Frage - auch wenn der Antrag nicht präzise formuliert ist - was die FDP eigentlich will. Aus der Begründung der Fragesteller - wie kann man die junge Generation beteiligen, wie kann man die neuen Medien nutzen - ist zumindest die Richtung klar. Aber ich erinnere nur: Nicht alles, was für neue Medien transportiert ist, ist letztlich auch Bürgerbeteiligung. Es ist zunächst einmal das Wort Transparenz gefordert. Da muss man sicherlich noch etwas zulegen. Auch die Informationsfreiheitsgesetz ist lange angemahnt. Es gibt schon viele Punkte. Bei einem Bebauungsplan kann man z. B. auch schon online Einsprüche erheben. Aber einfach nur ein Like oder Dislike zu machen - auch wenn jetzt die Stadtverwaltung bei Facebook ist - ist noch lange keine Bürgerbeteiligung.

Auch wenn ich jetzt daran denke: Eine baden-württembergische Stadt hat eine Frage zur Abstimmung gestellt - die man sicher zur Abstimmung stellen kann -, wie ein Bad benannt werden soll. Anschließend hat der Gemeinderat mit dem Namensvorschlag "Bud-Spencer-Bad" doch seine erheblichen Probleme gehabt. Man kann nicht einfach sagen, wenn es online ist und die Bürger können durch Like oder Dislike abstimmen, bekommen sie das Gefühl vermittelt, dass sie mitstimmen können und ernst genommen werden. Nein, das ist Online-Beteiligung nicht allein. Irgendwo müssen die Entschei-

dungen getroffen werden. Mehr Likes oder Dislikes allein genügen hier nicht. Sicherlich kann man mit neuen Technologien mehr machen. Die Stadt macht hier auch viel. Die Antwort der Verwaltung ist auf jeden Fall okay, auf ein vielleicht nicht ganz einfaches Anliegen der FDP.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Dr. Fischer (KAL): Ich sage: Guter Antrag. Ich sehe auch nicht die Kritik, die eben geäußert wurde. Ich verweise nur die zwei Fragen, die in dem Antrag gestellt werden, die für mich das ganze Problem aufspannen.

Frage 1: Wie beteiligen wir die junge Generation? Das ist doch genau das Problem, das wir gerade jetzt wieder bei einer der größten Bürgerbeteiligungsaktionen dieser Stadt - gemeinhin Wahlkampf genannt - erlebt haben. Wie beteiligen wir die junge Generation? Wie erreichen und motivieren wir diese Menschen? Das haben wir nicht, sonst wären die Zahlen anders.

Die 2. Frage ist: Ist unsere gewachsene Kommunikationsform noch zeitgemäß? Das ist eine ganz wichtige Frage. Auch wenn sich möglicherweise für viele das Ganze auf "sharen" und "liken" beschränkt, so ist es trotzdem eine Frage, dass diese Menschen sich auf diese Weise einbringen. Wir erreichen sie so. Jetzt muss man das Ganze noch umlenken, damit sie dann auch bereit sind, sich vertieft in ein Thema einzuarbeiten.

Wir würde gerne noch eine dritte Frage dazustellen: Wie erreichen wir Menschen in besonderen Lebenssituationen, die von der ganzen Struktur her in der Überholspurphase des Lebens - Kinder, Hausbau - sind, die aber auch großes Interesse daran haben, dass sie sich an bestimmten Themen beteiligen können? Wie erreichen wir Menschen, die eine gewisse Politikferne (vielleicht auch Bildungsferne) haben, die aber genauso von unseren Entscheidungen hier betroffen sind? Dafür müssen wir uns neue Formen überlegen. Die werden sicher nicht alle nur elektronisch sein. Aber der elektronische Weg wird ein wesentlicher Weg sein. Da bin ich mir sicher.

Von daher freue ich mich darauf, wenn das jetzt voran geht. Es ist keine ganz neue Forderung. Aber es ist wichtig, diese Forderung wieder zu erheben. Ich habe nur ein Problem mit dem Open Government Forum am 17. Juli.

1. Ich habe eben noch einmal nachgefragt, die Einladung dazu ist bei uns noch nicht eingegangen.
2. Wenn wir auf den stadträtlichen Kalender schauen, so findet genau an diesem Tag - wahrscheinlich zeitgleich, ich weiß die Uhrzeit nicht - der Sportausschuss, eine Bürgerversammlung in Daxlanden - da geht es um traditionelle Bürgerbeteiligung - statt, und um 20:00 Uhr haben wir das Stadtbauforum. Das zeigt auch die Grenzen von Politikbeteiligung.

(Beifall bei der KAL)

Stadträtin Luczwak-Schwarz (CDU): Eigentlich nur drei Sätze.

Die Diskussion zeigt deutlich, dass der Antrag der FDP richtig und wichtig war. Manchmal würde ich mir wünschen, dass weniger Hase und Igel bei der Antragstellung formuliert wird, sondern das gemeinsame Ziel ist hier der Weg. Ich glaube, wir bewegen uns auf einem schwierigen Terrain für die Zukunft. Diese Bürgerbeteiligungsformen sind wenig erprobt. Man wird auch sehr viel Schiffbruch erleiden. Das werden wir begleiten müssen als Gremium. Das wird spannend für uns. Es ist eine völlige Neuausrichtung von Verwaltungshandeln und Verwaltungsarbeit. Insofern ist es sehr spannend, wie wir uns da positionieren. Deswegen halte ich auch die Kritik für den Antrag ein bisschen für überzogen.

(Beifall bei der CDU)

Der Vorsitzende: Dann sehen wir uns - die, die es einrichten können, am 17. Juli wieder.

Andere Themen, wie die Alb, wie kommen wir an junge Leute ran, werden wir am 17. Juli nicht beantworten können. Das ist dann noch einmal eine Aufgabe für den neuen Gemeinderat, wie wir dann auch versuchen, Gemeinderatsarbeit transparent, verständlich zu machen. Das ist sicherlich auch ein Thema unserer gemeinsamen Klausur, die wir für Anfang November vorgesehen haben, wo es auch um das Thema "Einsatz elektronischer Medien, Filmaufnahme usw." geht. Da fangen wir schon ganz dick an, da einzusteigen.

Herzlichen Dank für die Rückmeldungen. Wir verfahren dann so.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
25. August 2014